

Strukturen und Institutionen der polnischen Westforschung (1918–1960)¹

von

Jörg Hackmann

Der Begriff „polnische Westforschung“ ist als Übersetzung von „polska myśl zachodnia“² ein wissenschaftlicher Neologismus, der exakt genommen keine Entsprechung im Polnischen hat. Da er analog zu „deutscher Ostforschung“ gebildet ist, die in den letzten Jahren intensive Aufmerksamkeit gefunden hat, postuliert er implizit Parallelen zu ihr und ist folglich ein umstrittener Begriff.³ Gegenüber dem Terminus „Westarbeit“⁴, den Rudolf Neumann 1964 verwandte, umfaßt der Begriff „Westforschung“ nicht die gesamte publizistische Spannweite der „polska myśl zachodnia“⁵, sondern konzentriert sich

¹ Für die Erlaubnis zur Benutzung der Akten des West-Instituts in Posen danke ich der Direktorin, Prof. Dr. Anna Wolff-Powęska, für Hinweise und Kommentare Krzysztof Malinowski, Zbigniew Mazur und Markus Krzoska.

² Wörtlich: polnischer Westgedanke.

³ So betrachten namentlich ältere polnische Historiker diese Parallele sehr kritisch, vgl. etwa: BOGDAN WACHOWIAK: Uwagi do niemieckich upracowań dziejów historiografii Pomorza Zachodniego oraz Prus Wschodnich i Zachodnich [Bemerkungen zu deutschen Arbeiten über die Geschichte der Historiographie Pommerns und Ost- und Westpreußens], in: Zapiski Historyczne 63 (1998), S. 129–137, hier S. 136 f.; dagegen leiteten etwa STEFAN KIENIEWICZ: Profesorowie i totalitaryzm [Professoren und Totalitarismus], in: Tygodnik Powszechny 13 (2127), 1.4.1990, S. 1 und S. 9, und, an ihn anknüpfend, JAN M. PISKORSKI: „Deutsche Ostforschung“ und „polnische Westforschung“, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1996, Nr. 1, S. 379–389, aus der Ostforschungsproblematik kritische Fragen an die polnische Geschichtswissenschaft ab; unhaltbar sind dagegen die pauschale Verdammung des Vergleichs bei INGO HAAR: Historiker im Nationalsozialismus und die Historisierung des „Dritten Reichs“ als Forschungsproblem (Quelle: H-Soz-u-Kult, 28.7.2000), oder seine apologetische Verwendung bei MARTIN BURKERT: Die Ostwissenschaften im Dritten Reich. Teil I: 1933–1939, Wiesbaden 2000 (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 55), S. 61 f.; beide Argumentationen basieren offensichtlich auf der Unkenntnis der polnischen Historiographie; zu Burkert siehe demnächst meine Rezension in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001).

⁴ RUDOLF NEUMANN: Polens Westarbeit. Die polnischen Kultur- und Bildungseinrichtungen in den deutschen Ostgebieten, Bremen 1966. Dieser Begriff impliziert als analogen Begriff „Ostarbeit“ und würde so, nicht weniger problematisch, auf das Krakauer „Institut für deutsche Ostarbeit“ von 1940–1944 verweisen.

⁵ In Polen gibt es eine umfangreiche Forschungsliteratur, die hier nicht charakterisiert werden kann; erwähnt seien: WŁODZIMIERZ BORODZIEJ: „Ostforschung“ aus der Sicht der polnischen Geschichtsschreibung, in: ZfO 46 (1997), S. 405–426; MARIA TOMCZAK: Polska myśl zachodnia [Der polnische Westgedanke], in: Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945–1989 [Polen und Deutschland. Zur Geschichte der politischen Kultur Polens 1945–1989], hrsg. von ANNA WOLFF-POWĘSKA, Poznań 1993 (Prace Instytutu Zachodniego, Bd. 59), S. 161–193; BERNARD PIOTROW-

auf ihre wissenschaftliche Dimension. Damit lassen sich Beziehungen und Wechselwirkungen zur deutschen Ostforschung konstatieren, deren Betrachtung in vergleichender Perspektive Aufschlüsse über beide Problemfelder ermöglicht. Dagegen können in der mononationalen Perspektive bei der Betrachtung von wissenschaftlicher Modernisierung und politischen Rahmenbedingungen Verzerrungen entstehen, die sich bei einer Analyse der wechselseitigen Beziehungen in einem anderen Licht darstellen.⁶ Eine Rekonstruktion des Spannungsfeldes widerstreitender Historiographien sollte jedoch nicht in eine voreilige Parallelisierung beider Wissenschaftskomplexe münden. In der wechselseitigen Wahrnehmung war häufig eine strategisch motivierte Überzeichnung des Gegners hinsichtlich seiner Kapazitäten und seiner staatlichen und finanziellen Unterstützung anzutreffen. Sie führte nicht selten zu einem monolithischen Bild der Gegenseite, aus dem sich dann die eigene Unentbehrlichkeit ableiten und somit ein wichtiges Argument für die Forderung nach finanzieller und politischer Unterstützung gewinnen ließ, um eben diesen Gegner zu bekämpfen. Ein genauerer Blick auf die institutionelle Struktur der polnischen Westforschung kann folglich ein Korrektiv solcher Perspektiven bieten.

Wenn hier die Zeitspanne von 1918 bis zur Neuorientierung des Posener West-Instituts (Instytut Zachodni) Ende der 1950er Jahre betrachtet wird, so ist damit die Frage der Kontinuität über den doppelten Bruch von 1939 und 1945 impliziert. Während in der deutschen Ostforschung das Problem der Kontinuität ideologiekritisch und oft polemisch behandelt wird, wird sie im Falle der polnischen Westforschung in den letzten Jahren eher positiv gewertet, kann sie doch als Ausweis für die Erfolglosigkeit kommunistischer

SKI: *O Polskę nad Odrą i Bałtykiem. Myśl zachodnia i badania niemcoznawcze Uniwersytetu Poznańskiego (1919–1939)* [Für ein Polen an Oder und Ostsee. Der Westgedanke und deutschlandkundliche Studien an der Universität Posen (1919–1939)], Poznań 1987 (*Dzieje polskiej granicy zachodniej*, Bd. 7); MARIAN MROCZKO: *Polska myśl zachodnia 1918–1939 (Kształtowanie i upowszechnianie)* [Der polnische Westgedanke 1918–1939 (Herausbildung und Verbreitung)], Poznań 1986 (*Dzieje polskiej granicy zachodniej*, Bd. 6).

⁶ S. dazu demnächst: „Deutsche Ostforschung“ und „polnischer Westgedanke“ im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich, hrsg. von JAN M. PISKORSKI u.a. [im Druck]; vgl. auch das Postulat vergleichender Forschungen von OTTO GERHARD OEXLE: „Zusammenarbeit mit Baal“. Über die Mentalitäten deutscher Geisteswissenschaftler 1933 – und nach 1945, in: *Historische Anthropologie* 8 (2000), S. 1–27, hier S. 27; als Beispiele für die Verzerrungen solcher mononationalen Perspektiven sind in der polnischen Literatur insbesondere die Arbeiten von Bernard Piotrowski zu nennen: PIOTROWSKI (wie Anm. 5); sowie DERS.: *W służbie nauki i narodu. Instytut Bałtycki w latach 1925–1939* [Im Dienste von Wissenschaft und Volk. Das Ostsee-Institut von 1925 bis 1939], Poznań 1991 (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, *Seria Historia*, Bd. 144); vgl. dazu JAN M. PISKORSKI: *Przeciw nacjonalizmowi w badaniach naukowych nad przeszłością stosunków polsko-niemieckich* [Gegen Nationalismus in wissenschaftlichen Forschungen über die Vergangenheit der deutsch-polnischen Beziehungen], in: *Przegląd Historyczny* 81 (1990), H.1/2, S. 319–324.

Durchdringung gelten. Wenn die stalinistische Umgestaltung des polnischen Wissenschaftssystems als ein großangelegter Umbau⁷ beschrieben werden kann, so stellt sich im konkreten Fall der Westforschung das Beharrungsvermögen des bürgerlich-nationalen Lagers jedoch nicht nur als ein Fall von antisozialistischem Widerstand dar, sondern wirft auch die Frage nach der Funktionalität für das politische System auf. Im Rückblick auf das Verhältnis der wissenschaftlichen Institutionen zur Macht in Phasen autoritärer Herrschaft läßt sich freilich nicht selten die Tendenz erkennen, die Frage von Anpassung und Instrumentalisierung zu vernachlässigen und stattdessen die politische Unabhängigkeit der Einrichtungen und ihres Personals in unangemessener Weise herauszustellen, wie in der Diskussion über die „deutsche Ostforschung“ deutlich geworden ist.

Hier werden im folgenden drei außeruniversitäre Institutionen, die die polnische Westforschung entscheidend geprägt haben, im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik betrachtet, und zwar in erster Linie mit Blick auf „innere“ Aspekte: Gründungsphasen, Aufgabenstellungen und schließlich ihre Stellung innerhalb des polnischen Wissenschaftssystems. Eine nähere Bestimmung des vielschichtigen Gegenstandsbereichs der Westforschung soll nur dort vorgenommen werden, wo es zur Kennzeichnung unterschiedlicher Konzeptionen erforderlich ist.⁸ Stattdessen seien hier als zentrale Momente der Ausgangspunkt der polnischen Forschungen in der deutsch-polnischen Berührungszone und die politische Komponente, die – parallel zu der deutschen Entsprechung der „Ostforschung“ – auf die wissenschaftliche Begründung polnischer Gebietsansprüche und ihre Verteidigung gegenüber Deutschland zielte, hervorgehoben.

Das Zentrum dieser polnischen Westforschung war seit der Gründung der Universität im Jahr 1919 Posen (Poznań). Die Verquickung von multidisziplinärer Landeskunde und Politik etwa in Publikationen des Archäologen Józef Kostrzewski und des Slawisten Mikołaj Rudnicki, aber auch des Mediävisten Kazimierz Tymieniecki ist wiederholt Gegenstand von Untersuchungen gewesen.⁹ Das von Rudnicki geleitete Westslawische Institut (Instytut Za-

⁷ PIOTR HÜBNER: *Przebudowa nauk historycznych w Polsce (1947–1953)* [Der Umbau der Geschichtswissenschaften in Polen (1947–1953)], in: *Przegląd Historyczny* 78 (1987), S. 451–481; DERS.: *Polityka naukowa w Polsce w latach 1944–1953. Geneza systemu* [Wissenschaftspolitik in Polen von 1944 bis 1953. Die Genese des Systems], 2 Bde., Wrocław u.a. 1992.

⁸ Vgl. RUDOLF JAWORSKI: Die polnische Westforschung zwischen Politik und Wissenschaft, in: *Polen nach dem Kommunismus*, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER, Stuttgart 1993, S. 94–104, hier S. 95; Jaworski spricht von „konzentrischen Kreisen“, die Großpolen, dann die ehemals deutschen Ostgebiete, das Siedlungsgebiet der Westslawen, Deutschland, Westeuropa und schließlich Nordamerika umfassen; in der Tendenz zur Globalisierung des Begriffs in der zweiten Nachkriegszeit ist unschwer eine Parallele zur Ausweitung des Ostforschungsbegriffs in der Bundesrepublik zu sehen.

⁹ Ausführlich, aber unkritisch PIOTROWSKI (wie Anm. 5), passim; vgl. dazu o., Anm. 6; siehe auch ANDRZEJ KWILECKI, WŁADYSŁAW TOMASZEWSKI: Poznań jako ośrodek pol-

chodnio-Słowiański) der Universität hat sich dabei in besonderem Maße hervorgetan, so daß es mitunter irrtümlich als Vorläufer des West-Instituts nach 1945 betrachtet wurde.¹⁰ Allerdings zeichnete sich schon Anfang der 1920er Jahre die hier zu betrachtende Entwicklung ab, Institutionen außerhalb der Universitätsstruktur zu gründen, deren Aufgabe gerade die Koordination der Wissenschaft zu politischen wie publizistischen Zwecken sein sollte.¹¹

Das Ostsee-Institut

Die institutionalisierte polnische Westforschung beginnt mit der Gründung des Ostsee-Instituts (Instytut Bałtycki) 1925 in Thorn (Toruń).¹² Die Initiative ging Anfang 1925 von einem Komitee zur Unterstützung der polnischen See-

skiej myśli zachodniej w dwudziestoleciu międzywojennym [Posen als Zentrum des polnischen Westgedankens in den Zwischenkriegsjahren], in: *Polska myśl zachodnia w Poznaniu i Wielkopolsce. Jej rozwój i realizacja w wiekach XIX–XX* [Der polnische Westgedanke in Posen und Großpolen. Seine Entwicklung und Verwirklichung im 19. und 20. Jh.], hrsg. von ANDRZEJ KWILECKI, Warszawa u.a. 1980, S. 129–183; aus der weiteren Forschung sei exemplarisch hingewiesen auf: Kazimierz Tymieniecki (1887–1968). *Dorobek i miejsce w mediewistyce polskiej* [Kazimierz Tymieniecki (1887–1968). Über seine Leistung und seinen Ort in der polnischen Mediävistik], hrsg. von JERZY STRZELCZYK, Poznań 1990 (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, *Seria Historia*, Bd. 159); siehe auch die biographischen Studien in: *Wybitni historycy wielkopolscy* [Berühmte großpolnische Historiker], hrsg. von JERZY STRZELCZYK, Poznań 1989 (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, *Seria Historia*, Bd. 157).

¹⁰ So etwa MANFRED HELLMANN: Daten der polnischen Geschichte, München 1985 (dtv, Bd. 3288), S. 183, der die Gründung eines „Westinstituts“ für den 22.12.1919 notiert; vgl. auch PHILIPP-CHRISTIAN WACHS: *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt/M., New York 2000, S. 150; zum Westslawischen Institut siehe neben PIOTROWSKI (wie Anm. 5), S. 109–173, auch: MALGORZATA WALLER: *Instytut Zachodnio-Słowiański przy Uniwersytecie Poznańskim (1921–1939)* [Das Westslawische Institut an der Universität Posen (1921–1939)], in: *Przegląd Zachodni* (künftig zit. PZ) 26 (1970), Bd. 2, S. 378–407. Dieser Institutsname tauchte nach 1945 wiederholt in Verbindung mit dem West-Institut auf, siehe dazu u.; heftige Polemiken mit Rudnickis Institut führte vor allem das Danziger Ostland-Institut seit 1927 in den „Ostland-Berichten“.

¹¹ Solche Widerspiegelungen lassen sich als Erfahrungen aus dem Engagement polnischer Historiker in den Abstimmungskonflikten in Oberschlesien erkennen, in deren Folge der Posener Mediävist und spätere Direktor des Ostsee-Instituts Teodor Tyc 1922 Überlegungen zur Gründung eines Preußen-Instituts anstellte; siehe dazu TEODOR TYC: *Pamiętnik* [Tagebuch], Poznań 1931, S. 160–163; vgl. JAN M. PISKORSKI: *Bogata twórczość krótkiego życia. Zamiast posłowie* [Das reiche Schaffen eines kurzen Lebens. Anstelle eines Nachwortes], in: TEODOR TYC: *Z średniowiecznych dziejów Wielkopolski i Pomorza. Wybór prac*, Poznań 1997 (Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, *Wznowienia*, Bd. 3), S. 305–332, hier S. 322; zum Quellenwert dieses Tagebuchs siehe ebd., S. 306 f., Anm. 4.

¹² Meist wird der Name in falscher Analogie als Baltisches Institut übersetzt, so etwa bei NEUMANN (wie Anm. 4), auch noch bei BURKERT (wie Anm. 3), der dem Sprachgebrauch der „Publikationsstelle“ in Berlin-Dahlem folgt; „bałtycki“ bezieht sich jedoch auf die gesamte Ostsee und nicht auf die baltischen Länder im deutschen Verständnis.

fahrt beim Verband zur Verteidigung der westlichen Grenzgebiete (Związek Obrony Kresów Zachodnich – ZOKZ) in Posen aus. Treibende Persönlichkeit war der Geograph Stanisław Srokowski¹³, der eine Zeitlang polnischer Generalkonsul in Königsberg und Hamburg sowie Wojewode von Wolhynien gewesen war. Die Gründungsversammlung des Ostsee-Instituts fand am 31. August im Artushof in Thorn statt. Zu ihr war breit in ganz Polen, aber sehr kurzfristig eingeladen worden, und so finden sich auf der Teilnehmerliste nur fünfzehn Unterschriften.¹⁴ Zu den Zielen des Instituts führte Srokowski auf der Gründungsversammlung aus, daß die geographische Lage zwischen zwei expansionistischen Nachbarn es erforderlich mache, sich dauerhaft an der Ostsee zu stärken. „Unser augenblicklicher Zugang zum Meer“, so Srokowski, „bedarf im Hinblick [...] auf die kurze Küstenlinie, die Polen zugesprochen wurde, der besonderen Pflege des polnischen Staates und der polnischen Gesellschaft.“ Dazu sei eine umfassende naturwissenschaftliche, ethnographische und wirtschaftliche Erforschung der Ostseeländer und ihrer Bevölkerung als Basis für eine polnische Meerespolitik erforderlich.¹⁵ In diesem Sinne formulierte dann das Statut als Aufgabe, „die wirtschaftlichen, politischen und nationalen Beziehungen etc. der Ostseeküste unter dem Blickpunkt der mit ihnen verbundenen polnischen Interessen zu erforschen“.¹⁶ Srokowskis besonderes Interesse war dabei auf Ostpreußen als potentiellen Herd deutscher Revisionsbestrebungen gerichtet.¹⁷ Daraus wird ein zweiter zentraler Punkt der Gründungsphase deutlich: die Auseinandersetzung mit deutschen Forschungseinrichtungen, denn, so Srokowski, in Deutschland befaßten sich be-

¹³ Zu Srokowski siehe das Vorwort von Małgorzata Szostakowska in: STANISŁAW SROKOWSKI: *Z krainy czarnego krzyża* [Aus dem Land des schwarzen Kreuzes], Olsztyn 1980, S. V–LII; vgl. auch den Nachruf in: *PZ* 6 (1950), Bd. 2, S. 400–402; sowie PIOTROWSKI, *W służbie* (wie Anm. 6), S. 40 f.

¹⁴ Archiwum Państwowe w Poznaniu (im folgenden APP), Polski Związek Zachodni, 89, Bl. 37–40: Protokoll der Gründungsversammlung am 31.8.1925.

¹⁵ APP, Polski Związek Zachodni, Nr. 89, Bl. 37–40; vgl. auch STANISŁAW SROKOWSKI: *Instytut Bałtycki i jego zadania* [Das Ostsee-Institut und seine Aufgaben], in: *Strażnica Zachodnia* 5 (1926), H. 1, S. 1–10.

¹⁶ Das Statut ist wiedergegeben bei: PIOTROWSKI, *W służbie* (wie Anm. 6), S. 291–293; vgl. dazu die Entwürfe in: APP, Polski Związek Zachodni, 89, Bl. 1–5 und Bl. 14–17; in dem ersten Entwurf war die Aufgabenstellung noch enger und zugleich politiknaher formuliert worden: Das Institut solle Materialien zusammentragen, „die sich auf die Ostseeküste beziehen, und besonders auf Pommerellen und die Kaschubei“, und auf ihrer Grundlage Werke „von allgemeinem Nutzen und solche, die dem besonderen Ziel der Verteidigung der polnischen mit der Ostsee verbundenen Interessen dienen“, erarbeiten.

¹⁷ Vgl. dazu die Erstausgabe des Buches von STANISŁAW SROKOWSKI: *Z krainy czarnego krzyża*, Poznań 1925, vgl. o., Anm. 13.

reits mehrere Institute in Königsberg und Breslau mit einer auf Polen gerichteten, angewandten Osteuropaforschung, der es entgegenzutreten gelte.¹⁸

Die Besetzung von Vorstand und Kuratorium des Instituts waren deutlich von der Absicht geprägt, die wichtigsten Partner seitens der regionalen wie staatlichen Verwaltung einzubinden. Die Wojewoden von Pomorze und Posen wurden zu Kuratoriumsmitgliedern gewählt, im Vorstand saßen der Landesstarost Józef Wybicki und Mieczysław Korzeniowski vom ZOKZ.¹⁹ Wenn bei der Gründung großer Wert auf eine enge Verbindung zur Politik gelegt wurde, so gab es im Vorfeld allerdings noch keine Zusagen zur Finanzierung des Instituts. Nach der Gründungsversammlung wurde zunächst ein Schreiben an den Außenminister aufgesetzt, das aber noch vor der Reinschrift einen neuen Adressaten erhielt: das Ministerium für Religionsgemeinschaften und öffentliche Bildung.²⁰ Ein gutes halbes Jahr später war das Ostsee-Institut jedoch noch nicht arbeitsfähig, es gab noch keinen Bescheid über die Registrierung des Vereins²¹, auch fehlte es noch an einem Büro in Thorn. Schließlich blieb auch die erhoffte Unterstützung seitens der Wojewodschaft wie der Starostei aus; das Bildungsministerium hatte zwar Unterstützung zugesagt, aber ohne Angabe der Höhe.²² Ende Mai 1926, nur neun Monate nach der Institutsgründung, kündigte Srokowski seinen Rücktritt als Direktor an.²³ In seiner Amtszeit läßt sich ein scharfes Profil des Instituts kaum erkennen. Einerseits intendierte er eine außen- und wirtschaftspolitische Beratung amtlicher Stellen, zudem war er an einer Zusammenarbeit mit den Ostseestaaten interessiert, die sich 1918 aus dem Zarenreich gelöst hatten.²⁴ Andererseits sollte sich das Institut der Öffentlichkeitsarbeit in Polen widmen, so war eine der ersten Aktivitäten des Instituts im Sommer 1926 ein Wettbewerb für Arbeiten, deren Themen vor allem wirtschaftlicher und militärischer Natur waren.²⁵

¹⁸ APP, Polski Związek Zachodni, 89, Bl. 37–40; eine spiegelbildliche Argumentation mit Verweis auf das Ostsee-Institut zieht sich durch die Akten der Publikationsstelle Berlin-Dahlem, vgl. dazu BURKERT (wie Anm. 3), S. 85, 245, 724 u. öfter.

¹⁹ APP, Polski Związek Zachodni, 89, Bl. 37–40.

²⁰ APP, Polski Związek Zachodni, 89, Bl. 6 f.

²¹ Sie wurde am 27.2.1926 vorgenommen, siehe APP, Polski Związek Zachodni, 89, Bl. 60, sowie PIOTROWSKI, W służbie (wie Anm. 6), S. 291.

²² APP, Polski Związek Zachodni, 89, Bl. 50 f.: Protokoll der Vorstandssitzung vom 26.3.1926.

²³ APP, Polski Związek Zachodni, 89, Bl. 103–105: Schreiben Srokowskis an die Leitung des ZOKZ, 31.5.1926.

²⁴ Vgl. BOGDAN CIMAŁA: Geneza i rozwój Instytutu Śląskiego w Katowicach [Entstehung und Entwicklung des Schlesischen Instituts in Kattowitz], in: Instytut Śląski 1934–1994 [Das Schlesische Institut 1934–1994], hrsg. von KRYSZTOF HEFFNER, Opole 1994, S. 20–31, hier S. 24 f.

²⁵ Das betrifft 10 von insgesamt 14 Themen, zu denen etwa der Holzexport über Königsberg und Memel oder die polnische Handelsflotte zählten; bei den historisch-kulturellen Themen lautete ein Vorschlag: Die geistige Bindung Polens an Ostpreußen, siehe APP, Polski Związek Zachodni, 89, Bl. 97.

Zu Srokowskis Nachfolger wurde am 12. September 1926 der Posener Mediävist Teodor Tyc gewählt, der dieses Amt jedoch erst im Januar 1927 antrat und bereits im August desselben Jahres starb. Mit dem Wechsel in der Leitung zu Tyc verband sich ein konzeptioneller Wandel in der Institutstätigkeit. Nach seinen Vorstellungen sollte „das Ostsee-Institut [...] ein wissenschaftliches Institut sein. [...] Es soll kein politisches Institut sein“²⁶, es sei nicht seine Aufgabe, auf Behörden oder Organisationen einzuwirken. Auch solle es keine Propaganda-Organisation sein wie etwa der Posener Verband zur Verteidigung der westlichen Grenzgebiete. Tyc postulierte zwar eine umfassende Beschäftigung mit der Ostseeregion in chronologischer, regionaler und thematischer Hinsicht, schränkte dann aber gleich das Tätigkeitsfeld wieder ein: „Das Ostseeproblem ist für uns am wesentlichsten und aktuellsten in der Gestalt Pommere llens und des eng mit ihm verbundenen Ostpreußen.“²⁷ Zugleich läßt seine Antrittsrede erkennen, daß Tyc seine Organisation der Institutsarbeit eng an den Publikationen des Breslauer Osteuropa-Instituts ausrichtete. Die Aufgabe des Ostsee-Instituts sah er als eine Koordinations- und Publikationsstelle, die externe Wissenschaftler in eine Kooperation zu den Themen des Instituts einbinden sollte.

Damit zeichnete sich die Arbeitsweise ab, die das Institut nach Tyc' frühem Tod unter seinem dritten Direktor, dem Ichthyologen Józef Borowik²⁸, prägte, der das Institut bis 1939 und dann erneut von 1945 bis 1950 leitete. Obwohl sich gegenüber den Anfangsschwierigkeiten Fortschritte in der Finanzierung abgezeichnet hatten, blieb das Institut bis Anfang 1931 faktisch ein Ein-Mann-Betrieb.²⁹ Borowik baute jedoch das Institut als wissenschaftliche Informations- und Organisationsschnittstelle aus, die seine Tätigkeit bis 1939 prägte. Seit 1930 organisierte es insgesamt fünf „Pommernkundliche Kongresse“, die sich mit aktuellen wirtschaftlichen und politischen Fragen wie Nationalitäten- und Eigentumsverhältnissen befaßten. 1931 wurde eine Abteilung für wissenschaftliche Propaganda eingerichtet und im selben Jahr zudem eine Filiale des Instituts in Gdingen (Gdynia) eröffnet, die durch das Industrieministerium finanziert wurde.³⁰ Die Themenbreite des Instituts unter Borowiks Leitung beschränkte sich nicht auf Geschichts- und Sozialwissenschaften, sondern umfaßte auch meereskundliche Themen etc. Ab 1933 gab das Institut zudem zahlreiche fremdsprachige Publikationen heraus.³¹ Über

²⁶ So in dem Manuskript seiner Antrittsrede in Thorn, in: Biblioteka Raczyńskich w Poznaniu (im folgenden BRP), Papiery Teodora Tyca, Rękopis 1846.

²⁷ Ebenda. Hervorhebungen im Original.

²⁸ Zu Borowik siehe PIOTROWSKI, W służbie (wie Anm. 6), S. 49–52, und MARIA BODUSZYŃSKA-BOROWIKOWA: Życie jak płomień. O życiu i pracach Józefa Borowika [Ein Leben wie eine Flamme. Leben und Werke Józef Borowiks], Gdańsk 1972.

²⁹ PIOTROWSKI, W służbie (wie Anm. 6), S. 52.

³⁰ APP, Polski Związek Zachodni, 93, Bl. 106.

³¹ Siehe Kompletny katalog wydawnictw Instytutu Bałtyckiego [Vollständiger Katalog der Veröffentlichungen des Ostsee-Instituts], Gdynia 1938; vgl. auch das Verzeichnis bei PIOTROWSKI, W służbie (wie Anm. 6), Anhang 4–5, S. 299–312.

die Finanzierung liegen bislang nur geringe Informationen³² vor, aber es läßt sich erkennen, daß unter Borowiks Leitung der größte staatliche Zuschuß vom Außenministerium kam, außerdem erhielt das Institut Gelder aus dem Bildungs- sowie dem Industrieministerium. In der Folge des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes kam es zu einer stärkeren staatlichen Einflußnahme auf das Ostsee-Institut, die sich unter anderem in dem veränderten Statut vom 21. November 1934 niederschlug.^{32a} Auch die Verlegung der Zentrale des Ostsee-Instituts nach Gdingen 1937 und die verstärkte Zuwendung auf Themen der gesamten Ostseeregion sind im Kontext der polnischen Außenpolitik dieser Jahre zu sehen. Als Zeitschrift erschien neben dem polnischsprachigen „Jantar“³³ seit 1935 die englischsprachige Zeitschrift „Baltic (ab 1937: Baltic and Scandinavian) Countries“³⁴, die in Deutschland zur Herausgabe der Zeitschrift „Jomsburg“ durch die Publikationsstelle im Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem führte.³⁵

Obwohl das Ostsee-Institut vor Beginn des Zweiten Weltkriegs auf eine umfangreiche Tätigkeit als Organisations- und Publikationsinstitut zurückblicken konnte, waren seine Anfänge schwierig und zeugen davon, daß die Initiatoren zunächst nur in geringem Maße die Unterstützung staatlicher Stellen gewinnen konnten. Keineswegs handelte es sich um eine Gründung „von oben“, auf Anordnung oder im Auftrag staatlicher Stellen. Von seiner Struktur her war das Institut, wie übrigens auch die beiden weiteren hier betrachteten Institutionen, ein Verein mit den Organen Mitgliederversammlung, Kuratorium (mit der allgemeinen Aufsicht über die Institutstätigkeit) sowie Vorstand. Im Gegensatz zu der dezidiert nicht-öffentlichen Struktur der deutschen Ostforschung blieb die polnische Westforschung bis 1939 trotz ihrer politischen Zielsetzungen den Vorstellungen wissenschaftlicher Öffentlichkeit verpflichtet.

Das Schlesische Institut

In seiner Antrittsrede als Direktor des Ostsee-Instituts bemerkte Tyc am Rande, „daß in Schlesien [...] gerade das Fehlen wissenschaftlicher [...] Arbeiten im Kampf um den Besitz des Landes für uns ein entscheidendes Hin-

³² Siehe PIOTROWSKI, W służbie (wie Anm. 6), S. 46, 54.

^{32a} Dort wurde unter anderem im § 3 das Tätigkeitsgebiet ausdrücklich auf das Territorium des polnischen Staates beschränkt; vgl. PIOTROWSKI, W służbie (wie Anm. 6), Anhang 2, S. 294–298.

³³ Erschienen: 1–7 (1937–1939 und 1946–1949).

³⁴ Erschienen: 1–5 (1935–1939).

³⁵ Siehe das Vorwort zu: Jomsburg 1 (1937), S. 1 f.; zum Hintergrund siehe MICHAEL BURLEIGH: *Germany turns eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988, S. 139–143; sowie INGO HAAR: *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 143), S. 292–294.

dernis war“.³⁶ In den deutsch-polnischen Auseinandersetzungen im Kontext der Volksabstimmung und der Aufstände war Schlesien bereits vor der Gründung des Ostsee-Instituts zu einem Problemfeld der polnischen Westforschung geworden, ohne daß dort zunächst aber ein ähnliches Institut entstanden wäre. Aus dem parallelen Interesse an der wissenschaftlichen Fundamentierung territorialer Ansprüche resultierte, daß sich das Thorner Ostsee-Institut daher seit 1928 auch mit schlesischen Fragen befaßte.³⁷

Zur Gründung eines eigenen Schlesiens Instituts (Instytut Śląski)³⁸ nach dem Vorbild des Ostsee-Instituts kam es 1933 in Kattowitz aus einer politischen Motivation: Mit dem vertraglich geregelten Auslaufen der Genfer Konvention für Oberschlesien 1937 wuchs im polnischen Schlesien das Interesse, wissenschaftliche Ressourcen für die dann zu erwartenden internationalen Verhandlungen zu mobilisieren. Diesem Anlaß verdankte das Institut von Anfang an seine starke Unterstützung durch den Schlesiens Wojewoden, Michał Grażyński. Zwar hatte sich bereits 1920 eine „traditionelle“ wissenschaftliche Gesellschaft für Schlesien (Towarzystwo Przyjaciół Nauk na Śląsku)³⁹ gegründet, und seit 1928 engagierte sich mit finanzieller Unterstützung der Wojewodschaft die Krakauer Akademie der Wissenschaften (Akademia Umiejętności) in schlesischer Geschichte⁴⁰, aber das Schlesiens Institut sollte nach den Vorstellungen Grażyńskis nun eine angewandte Wissenschaft befördern, für die es im Rahmen der bisher bestehenden wissenschaftlichen Gesellschaften – wie sie auch in Thorn und Posen bestanden⁴¹ – keinen Platz gab. Im Unterschied zur Krakauer Akademie sollte sich das Schlesiens Institut nach dem Vorbild des Thorner Ostsee-Instituts in erster Linie mit der Koordination von wissenschaftlichen Arbeiten unter aktuellen Gesichtspunkten, mit Publikationstätigkeit und Popularisierung befassen.⁴² Eine Zeitlang hatte Grażyński zu diesem Zweck das Ostsee-Institut, in dessen Kuratorium er von 1928 bis 1932 saß, finanziell unterstützt, er zog sich aber aus dem Thorner

³⁶ BRP, Papiery Teodora Tyca, Rękopis 1846.

³⁷ PIOTROWSKI, W służbie (wie Anm. 6), S. 254–256.

³⁸ Die wichtigste Darstellung zum Schlesiens Institut ist eine Veröffentlichung des Instituts anlässlich der 60-Jahrfeier 1993: Instytut Śląski (wie Anm. 24).

³⁹ CIMAŁA (wie Anm. 24), S. 20–23.

⁴⁰ Unter ihrer Federführung erschien: Historia Śląska od czasów najdawniejszych do 1400 r. [Geschichte Schlesiens von den ältesten Zeiten bis 1400], Bd. 1–3, Kraków 1933–1939.

⁴¹ Towarzystwo Naukowe w Toruniu [Wissenschaftliche Gesellschaft in Thorn] und Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk [Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften].

⁴² Als Ziele formulierte das Statut des Schlesiens Instituts vom 15.12.1933: a) eine wissenschaftliche Tätigkeit im Bereich Schlesiens und schlesischer Fragen mit besonderer Berücksichtigung aktueller Probleme; b) Material zu sammeln und Wissen zu verbreiten und dabei insbesondere amtliche Stellen und die Gesellschaft über Forschungsergebnisse zu informieren, siehe CIMAŁA (wie Anm. 24), S. 28; siehe auch: ROMAN LUTMAN: Instytut Śląski. Organizacja, zadania i program działalności [Das Schlesiens Institut. Organisation, Aufgaben und Tätigkeitsprogramm], Katowice 1934.

Institut zurück, als er 1933 die Institutsgründung in Kattowitz vorantrieb.⁴³ Ende November fand im Wojewodschaftsgebäude die Gründungsversammlung statt, und nach kaum drei Wochen wurde der Verein am 15. Dezember bereits registriert. Seinen ersten Sitz hatte das Institut ebenfalls im Gebäude der Wojewodschaft.

Mit Blick auf den Anteil der Wojewodschaft an der Gründung könnte man das Schlesische Institut also als eine halb-staatliche Einrichtung betrachten. Struktur und Aufgabenformulierung entsprachen jedoch dem Ostsee-Institut: Das Schlesische Institut wurde von einem Verein getragen, der sich aus einfachen und unterstützenden Mitgliedern zusammensetzte, geleitet wurde es von Vorstand (in dem Vertreter anderer wissenschaftlicher Organisationen saßen) und Kuratorium als Aufsichtsgremium; höchstes Organ war die Mitgliederversammlung. Auch die Arbeitsstrukturen entsprachen denjenigen der Thorner: Das Schlesische Institut war kein Forschungsinstitut, sondern eine Koordinations- und Publikationsstelle, die wie das Ostsee-Institut zahlreiche kurze Informationen (nicht selten polemischer Natur) von der Vorgeschichte bis zu aktuellen Wirtschaftsfragen publizierte.⁴⁴ Direktor wurde 1934 Roman Lutman, der zuvor am Ostsee-Institut tätig war und das Schlesische Institut auch nach 1945 leitete.⁴⁵ Finanziell unterstützt wurde das Institut vor allem von der Wojewodschaft.⁴⁶

Ostsee-Institut und Schlesisches Institut nach 1939

Dieser knappe Überblick zur Zwischenkriegszeit zeigt, daß die „Westforschung“ aus zwei ähnlich strukturierten Instituten bestand, deren Arbeitsschwerpunkte regional durch Pommerellen und Ostpreußen einerseits und Schlesien andererseits bestimmt waren. Obwohl in der finanziellen Unterstützung politische Aspekte, insbesondere das Verhältnis zu Deutschland, eine wichtige Rolle spielten, läßt sich eine Koordination der Institutstätigkeit und eine Ausdehnung auf weitere Regionen wie etwa Großpolen vor 1939 kaum feststellen. Auffällig im Vergleich zu der Arbeit der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft und der Dahlemer Publikationsstelle, die nach außen nicht in Erscheinung traten, sind die öffentlichen Informationen über die Arbeit beider Institute in Polen.⁴⁷

⁴³ CIMAŁA (wie Anm. 24), S. 25.

⁴⁴ Siehe das Schriftenverzeichnis in: Instytut Śląski (wie Anm. 24), S. 266–280; es läßt viele Parallelen zu den Publikationen des Ostsee-Instituts erkennen; vgl. auch: Pięć lat pracy Instytutu Śląskiego [Fünf Jahre Arbeit des Schlesischen Instituts], Katowice 1939.

⁴⁵ Zu seiner Biographie siehe JOACHIM GLENSK: Roman Lutman, Opole 1986.

⁴⁶ So CIMAŁA (wie Anm. 24), S. 28; detaillierte Angaben, die einen Vergleich der finanziellen Ausstattung beider Institute ermöglichen, liegen jedoch noch nicht vor.

⁴⁷ Siehe exemplarisch: Kompletny katalog (wie Anm. 31), und Pięć lat pracy (wie Anm. 44).

Schon während des Zweiten Weltkriegs zeichnete sich jedoch ein struktureller Wandel ab, als nun polnische Untergrundkreise die Westgebiete über Pommerellen und Oberschlesien hinaus als „postulierte Gebiete“ in den Blick nahmen. Den Mittelpunkt dieser Aktivitäten bildete die konspirative Gruppe „Ojczyzna“ (Vaterland)⁴⁸, für die die Frage der neuen Westgrenze Polens das Essential war. Von ihr ging die Initiative zur Gründung des dritten hier betrachteten Instituts aus, des West-Instituts (Instytut Zachodni) in Posen.

Um seine Rolle im Kontext der Entwicklungen seit 1945 zu analysieren, muß jedoch zunächst die weitere Entwicklung des Ostsee-Instituts und des Schlesischen Instituts skizziert werden: Beide Einrichtungen waren während des Kriegs weitgehend zerstört worden⁴⁹, sie konstituierten sich gegen Kriegsende jedoch unter ihren Vorkriegsdirektoren von neuem, das Ostsee-Institut mit seiner Zentrale jetzt in Bromberg und das Schlesische Institut erneut in Kattowitz. Beide Institute entfalteten rasch eine umfangreiche Publikationstätigkeit und eröffneten Außenstellen in Breslau und Stettin, also in den neu eingenommenen Gebieten.⁵⁰ Im Zuge der noch zu behandelnden Veränderungen ab 1948 wurden die Aufgabenbereiche beider Institute allerdings an andere Einrichtungen übertragen, so daß das Schlesische Institut 1948 und das Ostsee-Institut 1950 faktisch aufgelöst wurden. Nach dem Oktober 1956 gründeten sich beide Institute zum dritten Mal. Das Ostsee-Institut wurde 1958 nun in Danzig reaktiviert, und anstelle des alten Schlesischen Institutes entstanden 1957 zwei Folgeeinrichtungen: das Schlesische

⁴⁸ Siehe *Encyklopedia konspiracji Wielkopolskiej* [Enzyklopädie des großpolnischen Widerstands], hrsg. von MARIAN WOŹNIAK, Poznań 1998 (Prace Instytutu Zachodniego, Bd. 64), S. 399–402; EDWARD SERWAŃSKI: *Myśl zachodnia w działalności politycznej Wielkopolan* [Der Westgedanke in der politischen Tätigkeit der Großpolen], in: *Polska myśl zachodnia* (wie Anm. 9), S. 185–224, auch in: EDWARD SERWAŃSKI: *Z dziejów wielkopolskiej konspiracji 1939–1945* [Zur Geschichte des Widerstands in Großpolen], Poznań 1999; aufschlußreich sind auch die Erinnerungen von ZBYSZKO BEDNORZ: *Lata krecie i orłowe* [Maulwurfs- und Adlerjahre], Warszawa 1987.

⁴⁹ ANDRZEJ BUKOWSKI: *Instytut Bałtycki po wojnie* [Das Ostsee-Institut nach dem Krieg], in: *PZ* 2 (1946), S. 391–393; und *Instytut Bałtycki redivivus. Sprawozdania z działalności za lata 1945 i 1946 oraz protokół Walnego Gromadzenia w dn. 13 i 14 XII 1946 r.* [Ostsee-Institut redivivus. Tätigkeitsbericht der Jahre 1945 und 1946 und Protokoll der Hauptversammlung am 13./14.12. 1946], Gdańsk u.a. 1947 (Pamiętnik Instytutu Bałtyckiego, Bd. 43); zum Schlesischen Institut siehe *PZ* 1 (1945), S. 142 f., STANISŁAW SENFT: *Meandry Instytutu Śląskiego w latach 1939–1956* [Die Mäander des Schlesischen Instituts von 1939 bis 1956], in: *Instytut Śląski* (wie Anm. 24), S. 32–40; vgl. auch NEUMANN (wie Anm. 4), S. 52–84.

⁵⁰ JÓZEF BOROWIK: *Zadania i prace Instytutu Bałtyckiego na tle nowych warunków polskich* [Aufgaben und Arbeiten des Ostsee-Instituts vor dem Hintergrund der neuen polnischen Bedingungen], in: *Instytut Bałtycki redivivus* (wie Anm. 49), S. 11–26; *Działalność Instytutu Śląskiego w latach 1945 i 1946* [Die Tätigkeit des Schlesischen Instituts 1945 und 1946], in: *Zaranie Śląskie* 1947, H. 1/2, S. 42–48; vgl. auch die Tätigkeitsberichte: *Archiwum Akt Nowych* (im folgenden AAN), 199 (Ministerstwo Administracji Publicznej), 2392, Bl. 31–40; siehe zu beiden Instituten auch HÜBNER, *Polityka* (wie Anm. 7), S. 272–275.

Institut in Oppeln und das Schlesische Wissenschaftliche Institut (Śląski Instytut Naukowy) in Kattowitz. In diesen Jahren des Tauwetters entstanden mit dem Wojciech-Kętrzyński-Forschungszentrum (Ośrodek Badań Naukowy im. Wojciecha Kętrzyńskiego) in Allenstein und dem Pommerschen Institut (Instytut Zachodnio-Pomorski) in Stettin weitere regionale Institute.

Das West-Institut

Zu den bemerkenswertesten Tatsachen in der Geschichte des Posener West-Instituts zählt gewiß die, daß das Institut alle Brüche der polnischen Nachkriegsgeschichte überstanden hat. Ein Indiz dafür ist die Zeitschrift des Instituts „Przegląd Zachodni“, die zu den nicht sehr zahlreichen wissenschaftlichen Zeitschriften gehört, die in Polen seit Sommer 1945 kontinuierlich erscheinen. Eine gründliche Darstellung der Institutsgeschichte wäre ein außerordentlich interessanter Beitrag zur polnischen Wissenschaftsgeschichte nach 1945⁵¹, die folgenden Ausführungen müssen sich jedoch auf die Gründungsphase, Grundzüge der Institutsstruktur, das Institut in der stalinistischen Epoche und schließlich die Neuorientierung nach 1956 konzentrieren.

Nachhaltig geprägt wurde das Institut in seinen ersten Jahren von den konzeptionellen Überlegungen des ersten Institutsdirektors, des Posener Mediävisten Zygmunt Wojciechowski⁵², die von der Vorstellung eines überzeitlichen Konflikts zwischen Deutschland und Polen geleitet wurden. Die zentrale Frage war für ihn daher, wie sich Polen am besten vor einem neuen Überfall Deutschlands schützen könne. Daß Wojciechowski für Oder und Lausitzer Neiße als die polnische Westgrenze plädierte und den polnischen Charakter der neuen polnischen Westgebiete hervorkehren wollte, kann vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen deutschen und polnischen Gebietsansprüchen

⁵¹ Bislang liegen vor: Instytut Zachodni 50 lat [50 Jahre West-Institut], Poznań 1994; Przegląd Zachodni 50 (1994), H. 3: 50 lat Instytutu Zachodniego. Dokonania, zmagania, wyzwania [50 Jahre West-Institut. Leistungen, Auseinandersetzungen, Herausforderungen]; dieses Heft enthält neben Erinnerungsberichten und einer kleinen Quellenauswahl einen Überblick von: ANDRZEJ KWILECKI: Instytut Zachodni w pięćdziesięciolecie 1944–1994. Sprawy i ludzie [Fünfzig Jahre West-Institut 1944–1994. Angelegenheiten und Personen], ebenda, S. 1–26; siehe auch die Aufsätze von JAWORSKI (wie Anm. 8), TOMCZAK (wie Anm. 5) und BORODZIEJ (wie Anm. 5); außerdem enthält PZ 41 (1995), H. 2, eine Anthologie des Przegląd Zachodni von 1945 bis 1990.

⁵² Siehe ANDRZEJ FELIKS GRABSKI: Zygmunt Wojciechowski i historia macierzystych ziem Polski [Zygmunt Wojciechowski und die Geschichte der Mutterländer Polens], in: DERS.: Perspektywy przeszłości. Studia i szkice historiograficzne [Perspektiven der Vergangenheit. Studien und historiographische Skizzen], Lublin 1983, S. 445–530; HENRYK OLSZEWSKI: Zygmunt Wojciechowski, in: Wybitni historycy (wie Anm. 9), S. 269–285; MARIAN MROCZKO: Zygmunt Wojciechowski jako historyk polskich ziem zachodnich oraz stosunków polsko-niemieckich [Zygmunt Wojciechowski als Historiker der polnischen Westgebiete und der deutsch-polnischen Beziehungen], in: PZ 42 (1985), H. 1, S. 98–113; eine Studie über Zygmunt Wojciechowski wird von Markus Krzoska, Mainz, vorbereitet.

kaum überraschen. Bemerkenswerter scheint hier insbesondere aber der zentrale Stellenwert, der der historischen Erfahrung zugemessen wurde, mit der die Eingliederung der „piastischen“ Gebiete in den polnischen Staat nach Kriegsende begründet wurde. Dieses Konzept der „polnischen Mutterländer“ (ziemie macierzyste) hatte Wojciechowski in Grundzügen bereits 1932 im Ostsee-Institut vorgetragen.⁵³ Er war von der Unveränderbarkeit des Deutschen als „eroberungssüchtigem Kolonisator“ überzeugt und sah in der nationalsozialistischen Polenpolitik dieselben Grundlagen wie in der Polenpolitik Kaiser Heinrichs II. im 11. Jahrhundert.⁵⁴ So ließen sich für ihn direkte Lehren aus dem Mittelalter für die Gegenwart ziehen. Dies könnte man als offensichtliche Ideologie abtun, die strukturelle Ähnlichkeiten zu Ansichten deutscher Historiker vor 1945 aufweist. Aber dieser Historismus⁵⁵ übte einen kaum zu überschätzenden Einfluß aus: Er prägte nicht nur die gesamte Tätigkeit des West-Instituts in der Anfangsphase, er wirkte sich auch auf die erste polnische Verwaltungsgliederung aus, die in der Angliederung des Lebusener Landes an die Wojewodschaft Posen im Juli 1945 Wojciechowskis „Mutterländer“-Konzept folgte, demzufolge die zeitweise Zugehörigkeit zu Schlesien im 13. Jahrhundert die Expansion Brandenburgs begünstigt und in der Folge zur Abtrennung Polens vom Meer geführt habe.⁵⁶ Und schließlich mußten in dieser Vorstellung wissenschaftlich begründete Umbenennungen von Orten, Landschaften und Gewässern unmittelbar zur Reslawisierung des Landes beitragen. Um die „Wiedererlangten Gebiete“ (Ziemia Odzyskane) einzugliedern, waren deren genaue Erkundung, die in mehreren ausgedehnten wissen-

⁵³ ZYGMUNT WOJCIECHOWSKI: Rozwój terytorialny Prus w stosunku do ziem macierzystych Polski [Die territoriale Entwicklung Preußens im Verhältnis zu den Mutterländern Polens], Toruń 1933; auch in: Światopogląd morski, hrsg. von JÓZEF BOROWIK, Toruń 1934 (Pamiętnik Instytutu Bałtyckiego, Bd. 15), S. 93–134; sowie in ZYGMUNT WOJCIECHOWSKI: Studia historyczne, Warszawa 1955, S. 18–51 (dort der Hinweis auf das Entstehungsjahr); eine erste Version hatte Wojciechowski bereits 1924 veröffentlicht, siehe GRABSKI (wie Anm. 52), S. 459.

⁵⁴ So dann 1945 in: ZYGMUNT WOJCIECHOWSKI: Polska – Niemcy. Dziesięć wieków zmagania [Polen – Deutschland. Zehn Jahrhunderte Kampf], Poznań 1945 (Prace Instytutu Zachodniego 3), S. 258; zur Stellung der Argumentation in den historisch-politischen Diskussionen nach 1945 siehe RAFAŁ STOBIECKI: Historia pod nadzorem. Spory o nowy model historii w Polsce (II połowa lat czterdziestych – początek lat pięćdziesiątych) [Geschichte unter Aufsicht. Auseinandersetzungen um ein neues Geschichtsmodell in Polen (2. Hälfte der 1940er – Anfang der 1950er Jahre)], Łódź 1993, S. 62 f., 67–75.

⁵⁵ MIECZYSLAW SUCHOCKI: Historyzm jako podstawa twórczości kulturalnej [Historismus als Grundlage kulturellen Schaffens], in: PZ 2 (1946), S. 2–8.

⁵⁶ Dieses Gebiet gehöre eigentlich zu Großpolen, habe sich im historisch entscheidenden Moment aber bei Schlesien befunden, als es 1249/1252 an Brandenburg kam, wodurch eine wichtige Voraussetzung für den Verlust der Oderlinie geschaffen worden sei, so WOJCIECHOWSKI, Rozwój (wie Anm. 53), S. 18; zur Verwaltungsgliederung siehe Bilans I roku pracy Instytutu Zachodniego [Bilanz des ersten Arbeitsjahres des West-Instituts], in: PZ 2 (1946), S. 291–298, hier S. 298.

schaftlichen Exkursionen durchgeführt wurde⁵⁷, wie eine umfassende Deutschlandkunde für die Gründer des Instituts folglich eine entscheidende Voraussetzung. In diesem Kontext spielte die Tschechoslowakei eine nicht unwichtige Rolle, da sie als westslawischer Partner im Kampf gegen die Deutschen gesehen wurde: Die beiden Buchtitel Wojciechowskis „Polen – Deutschland. Zehn Jahrhunderte Kampf“ versus „Polen – Tschechien. Zehn Jahrhunderte Nachbarschaft“ zeigen das plastisch.⁵⁸

Die Initiative zur Gründung des West-Instituts ging von der bereits genannten Untergrundgruppe „Ojczyzna“ aus. Im Dezember 1944 wurde in Wojciechowskis Wohnung in Milanówek (südwestlich von Warschau) die Gründung beschlossen. Am 13. Februar 1945 konnte Wojciechowski durch Vermittlung des Rektors der Universität Warschau dem Premier der provisorischen Regierung, Edward Osóbka-Morawski, eine am Vortag der Begegnung verfaßte Denkschrift für das projektierte Institut überreichen. Der Premier befürwortete eine Zusammenarbeit, und zwei Wochen später wurde der Bevollmächtigte für die Wojewodschaft Posen informiert, daß die Regierung ein solches Institut unterstütze. Am 12. April erhielt Wojciechowski davon Kenntnis mit dem Hinweis, daß das Institut sich in Posen bei der Wojewodschaftsverwaltung registrieren lassen müsse.⁵⁹ Eine Woche später fand die erste Sitzung des Direktoriums in Posen statt, die das Statut vorbereitete und dann Ende Juli die Registrierung beantragte. Am 7. August wurde das Institut unter der Nummer 1 im Vereinsregister der Wojewodschaft eingetragen und eine entsprechende Notiz im amtlichen Mitteilungsblatt der polnischen Regierung, dem „Monitor Polski“, publiziert.⁶⁰ Eine feierliche Eröffnung fand, anders als im Fall der Wiedereröffnung des Schlesischen Instituts, jedoch nicht statt, und die erste Mitgliederversammlung, auf der Wojciechowski als Direktor bestätigt wurde, wurde erst im März 1946 abgehalten. Dieser formale Ablauf der Gründung zeigt, daß auch dieses Institut nicht auf eine staatliche Initiative hin entstanden ist und daß sich – abgesehen von der finanziellen und

⁵⁷ Als deren Ergebnis erschien die Reihe *Ziemie Staropolski* [Länder Altpolens], hrsg. von ZDZISŁAW KACZMARCZYK u.a., 6 Bde., Poznań 1947–1959.

⁵⁸ WOJCIECHOWSKI (wie Anm. 54), und dagegen: *Polska – Czechy. Dziesięć wieków sąsiedztwa* [Polen – Tschechien. Zehn Jahrhunderte Nachbarschaft], hrsg. von DEMS., Katowice u.a. 1947 (*Pamiętnik Instytutu Śląskiego*, Seria 2, Bd. 7).

⁵⁹ Bilans (wie Anm. 56), S. 292 f.; MICHAŁ POLLAK: *Instytut Zachodni. Powstanie i rozwój organizacyjny w ciągu dziesięciolecia* [Das West-Institut. Entstehung und organisatorische Entwicklung in zehn Jahren], in: *PZ* 11 (1955), Bd. 1, S. 469–486, hier S. 470 f.

⁶⁰ *Monitor Polski* 23 (1945), Nr. 20, 25.8.1945, S. 1; dort heißt es: „Auf der Grundlage des Beschlusses des Posener Wojewoden vom 4. August 1945 [...] wurde am 7. August 1945 der Verein ‚West-Institut‘ mit Sitz in Posen unter der Nummer 1 in das Vereinsregister des Posener Wojewodschaftsamtes eingetragen. Tätigkeitsbereich: das gesamte Gebiet der Republik Polen. Vereinsziel: Erforschung der Gesamtheit der Beziehungen des Slawentums, insbesondere Polens, mit Deutschland [...]“.

materiellen Unterstützung, auf die noch einzugehen ist – eine weitere staatliche Privilegierung nicht erkennen läßt.

So muß denn Wojciechowskis Denkschrift vom 12. Februar – und nicht etwa ein Dekret der polnischen Regierung⁶¹ – als das Gründungsdokument betrachtet werden.⁶² Sie hält fest, das West-Institut sei eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung, die sich gestützt auf Gelehrte aller polnischen Universitäten mit deutsch-polnischen Problemen befasse. Im ersten Statut wurde das Ziel dann genauer umschrieben als „die Erforschung der Gesamtheit der Beziehungen des Slaventums, insbesondere Polens, mit Deutschland, ihr Verlauf, der Gebiete, auf denen sie sich abspielten, sowie der Völker, die diese Gebiete bewohnen“.⁶³ Mit seinen Arbeitsergebnissen, so führte Wojciechowski aus, könne das Institut Regierungsorganen und gesellschaftlichen Organisationen bei innen- wie außenpolitischen Erfordernissen dienen. In der ersten Zeit sind die praktischen Fragen in der Tätigkeit des Posener Instituts nicht zu übersehen: das Engagement für die Angliederung von Gebieten westlich der Oder an Polen, die Umbenennung von Orten⁶⁴, die Unterstützung in administrativen und rechtlichen Fragen der Westgebiete (Ziemie Zachodnie) bis zu der bereits erwähnten Wojewodschaftsgliederung, Kurse für Lehrer und die Dokumentation der deutschen Besatzungspolitik. Auch eine Kommission für landwirtschaftliche Physiographie wurde 1946 eingerichtet.⁶⁵ Als Schwerpunktthemen des „Przegląd Zachodni“ wie der gesamten Institutstätigkeit lassen sich in den ersten Jahren die deutsche Okkupation Polens, Geschichte

⁶¹ So ANTONI CZUBIŃSKI: Instytut Zachodni w Poznaniu. Zarys działalności badawczej i wydawniczej (1944–1986) [Das West-Institut in Posen. Ein Profil der Forschungs- und Publikationstätigkeit], in: PZ 42 (1986), H. 5/6, S. 35–59, hier S. 40; dieses Dokument des Premiers vom 27.2.1945 liegt bisher nicht vor; der Begriff „Dekret“ kann hier ganz offensichtlich nicht als Anordnung, sondern allein als Zustimmung der Regierung zur Gründung und zur finanziellen Unterstützung des Instituts aufgefaßt werden.

⁶² Die Denkschrift wurde bereits 1955 zum ersten Mal und seitdem mehrfach vom West-Institut publiziert, siehe PZ 11 (1955), Bd. 1, S. 485 f.; und Instytut Zachodni w Poznaniu 1945–1960. Zarys działalności [Das West-Institut in Posen 1945–1960. Ein Tätigkeitsprofil], Poznań [1960], S. 19–22; auch bei ANTONI CZUBIŃSKI: Instytut Zachodni (1944–1986) [Das West-Institut (1944–1956)], Poznań 1987, S. 47–49; an ihrer Publikation läßt sich eine auf den ersten Blick erstaunliche Offenheit im Umgang mit der Institutsgeschichte in der Zeit der Volksrepublik erkennen, die nicht so recht zu dem Bild einer wiederholt in ihrer Existenz bedrohten Institution passen will. Das gilt auch für die fortlaufenden Berichte über die Mitgliederversammlungen des West-Instituts im „Przegląd Zachodni“, die auch in der stalinistischen Periode nicht ausgesetzt wurden.

⁶³ Art. 2,1 des Statuts. Das erste Statut in der Fassung vom April 1945 ist nicht veröffentlicht; in: PZ 3 (1947), S. 371–375, findet sich die Fassung vom 29.3.1947.

⁶⁴ Die namenkundliche Sektion des West-Instituts wurde 1946 als staatliche Kommission für die Festsetzung der Ortsnamen im Lebusser Land sowie in Pommern anerkannt, siehe PZ 2 (1946), S. 1084 f., und Instytut Zachodni w Poznaniu 1945–1960 (wie Anm. 62), S. 7.

⁶⁵ Die ersten Jahrgänge des „Przegląd Zachodni“ enthalten zahlreiche Hinweise auf die Breite der Institutstätigkeit.

und aktuelle Fragen der *Ziemie Odzyskane* und eine gegenwartsbezogene Deutschlandkunde feststellen, außerdem wurden auch Fragen der Tschechoslowakei behandelt.

Im Mittelpunkt der Publikationstätigkeit stand die Zeitschrift „Przegląd Zachodni“, die über die wissenschaftlichen Beiträge hinaus auch als Informationsorgan für das Institut wie für aktuelle Entwicklungen in den *Ziemie Zachodnie*, Deutschland und der Tschechoslowakei diente. Insofern war sie gerade in den Anfangsjahren keine rein wissenschaftliche Zeitschrift, sondern Ausdruck des Posener Konzepts angewandter Westforschung. Deutliches Indiz für dieses Profil war Wojciechowskis „Grunwald“-Aufsatz⁶⁶, der das erste Heft einleitete: Er konstruierte nicht nur eine historische Parallele zwischen den „deutschen“ Niederlagen von 1410 und 1945, sondern er war zugleich ein Aufruf an die Politiker, sich einer polnischen Interessen dienenden Westpolitik zuzuwenden.

Im Vergleich zu den Aktivitäten des Ostsee- und des Schlesischen Instituts nach 1945 nahm das West-Institut von Anfang an eine zentrale Position innerhalb der polnischen Westforschung ein. Ausschlaggebend dafür waren zum einen der frühe Zeitpunkt der Initiative und zum anderen der Anspruch Wojciechowskis, die Gesamtheit der Westfragen zu behandeln und beratendes Organ der Regierungspolitik in den „Wiedergewonnenen Gebieten“ zu sein.⁶⁷ So hat das Büro für die Westgebiete beim Ministerium für Öffentliche Verwaltung bis Ende März 1945 nur an das West-Institut Zuschüsse ausbezahlt.⁶⁸ Das Netz von Außenstellen, die das Institut gründete, sollte nicht nur den Kontakt zu Politik (Warschau) und Wissenschaft (Krakau, Thorn) herstellen, sondern diese Zentren auch beeinflussen. Wojciechowski versuchte im August 1945 zudem, beim Premier eine Freistellung von der Zensur zu erlangen.⁶⁹

Gerade die Konzentration wissenschaftlichen Potentials scheint auch für politische Stellen attraktiv gewesen zu sein, wenn man die Tatsache berück-

⁶⁶ ZYGMUNT WOJCIECHOWSKI: Grunwald, in: PZ 1 (1945), S. 1–8.

⁶⁷ In seiner Denkschrift vom 12.2.1945 (wie Anm. 62) nannte Wojciechowski als Aufgaben u.a. die Sicherung von Kulturgütern und der mit ihnen verbundenen Einrichtungen und ihre Anpassung an polnische Ziele, die Besetzung der Institutionen mit entsprechenden Fachleuten sowie die Beratung in nationalen, wirtschaftlichen und demographischen Fragen der Westgebiete.

⁶⁸ AAN, 199, 2390, Bl. 2.

⁶⁹ Wie gut freilich die Kontakte zur Regierung waren, bedarf noch einer genaueren Untersuchung; wenn diese Bitte erfüllt wurde, dann höchstens für einen begrenzten Zeitraum, denn im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Reihe „*Ziemie Staropolski*“ (wie Anm. 57) finden sich wiederholt Klagen, daß die Publikation durch lange Kontrollen herausgezögert werde, siehe AAN, 290 (Urząd Rady Ministrów), 5/354, Bl. 1 f., und AAN, 196 (Ministerstwo Ziem Odzyskanych), 1476, Bl. 8; zur Praxis der Zensur siehe den Bericht von KAROL MARIAN POSPIESZAŁSKI: O różnych trudnościach publikacyjnych w okresie Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej [Über verschiedene Publikationsschwierigkeiten in der Zeit der Volksrepublik Polen], in: Cenzura w PRL. Relacje historyków, hrsg. von ZBIGNIEW ROMEK, Warszawa 2000, S. 169–181.

sichtigt, daß der Polnische Westverband (Polski Związek Zachodni)⁷⁰ im Februar 1945 eine ähnliche, aber erfolglose Initiative bei der provisorischen Regierung gestartet hatte, die allerdings einen deutlich stärkeren propagandistischen Akzent hatte.⁷¹ Zudem fällt auf, daß aus der ideologischen und räumlichen⁷² Nähe zum Westverband keine engere Zusammenarbeit resultierte.

In seiner Struktur folgte das West-Institut dem Muster der Vorkriegsinstitute. Es gründete sich als Verein, dessen Organe Direktion, Kuratorium und Mitgliederversammlung waren. Dem Verein konnten bis zu 100 (ab 1948: 150) Mitglieder angehören, die von der Jahreshauptversammlung benannt wurden; das Kuratorium bestand aus 13 (ab 1948: 16) Mitgliedern, unter ihnen die Rektoren der Universitäten Posen, Thorn und Breslau. Wenn man das erste Statut mit seinen späteren Veränderungen vergleicht, so zeigt sich, daß der Direktor zunächst mit großen Vollmachten ausgestattet war, die 1948 beschränkt wurden, als mit der Erweiterung der Institutstätigkeit das Präsidium des Kuratoriums mit weitreichenden Kompetenzen eingeführt wurde.⁷³

Das erste Budget, das von Wojciechowski in Warschau vorgelegt und von Osóbka-Morawski bestätigt worden war, sah vor: den Direktor (mit dem Gehalt eines Universitäts-Rektors), zwei Vertreter (mit Gehältern eines Dekans) und vier Abteilungsleiter (mit Gehältern von Universitäts-Professoren). Außerdem waren Honorare für monatlich 40 Druckbogen vorgesehen sowie Kosten für Exkursionen, um die neuen Westgebiete zu erforschen.⁷⁴ Die personelle wie finanzielle Ausstattung war deutlich umfangreicher als bei den beiden Vorkriegsinstituten, und sie unterschied sich insbesondere dadurch, daß das West-Institut nun explizit eigene Forschungen betrieb. Der Haushaltsplan für 1951 sah bei einem Volumen von ca. 3,7 Mill. Złoty staatliche Zuschüsse in Höhe von ca. 1,1 Mill. Złoty vor, die restliche Summe sollte vor

⁷⁰ Der Verband zur Verteidigung der westlichen Grenzgebiete war 1934 in Polnischer Westverband umgenannt worden; zu seiner Tätigkeit seit 1944 siehe MICHAŁ MUSIELAK: *Polski Związek Zachodni 1944–1950*, Warszawa 1986.

⁷¹ Bereits im Dezember 1944 hatte der Westverband eine Aufgabenskizze entwickelt, die u.a. ein Studienbüro für die „der Revindikation unterliegenden Gebiete“, ein Büro für rechtliche Fragen sowie Abteilungen für Propaganda, „Reslawisierung“ etc. vorsah, siehe APP, *Polski Związek Zachodni*, 933, Bl. 9; am 23.2.1945 schickte der Westverband an den Minister für öffentliche Verwaltung ein Projekt zur Eröffnung eines „zentralen wissenschaftlichen Instituts“, dieses sollte u.a. die Arbeit der einzelnen Institute vereinheitlichen, die regionalen Einzelergebnisse im Hinblick auf gesamtpolnische Bedürfnisse bearbeiten, die notwendige propagandistisch-popularisierende Arbeit organisieren und die ständige Verbindung zwischen Regierung und Forschungsinstituten gewährleisten, siehe AAN, 199, 2392, Bl. 1; eine weitere Initiative nennt HÜBNER, *Polityka* (wie Anm. 7), S. 275 f.

⁷² Die Räume des Westinstituts befanden sich seit Juni 1945 in der ul. Chełmońskiego 1, der Westverband residierte in Nr. 2; im September 1945 wurde Wojciechowski in den Vorstand des Westverbandes kooptiert, siehe PZ 1 (1945), S. 277.

⁷³ Siehe die Statuten in: PZ 3 (1947), S. 371–375, und in: PZ 4 (1948), Bd. 1, S. 685–690.

⁷⁴ AAN, 199, 2390, Bl. 3.

allem durch den Verkauf von Publikationen erbracht werden.⁷⁵ Staatliche Unterstützung erhielt das West-Institut durch das Büro für die Westgebiete bzw. die Ministerien, die dessen Aufgaben nachfolgend übernahmen.⁷⁶ Daneben kamen Einnahmen aus der Publikationstätigkeit, die jedoch abgesehen von der Reihe „Ziemie Staropolski“ (Länder Altpolens) überwiegend defizitär blieb. Zudem hatte das Institut 1945 das Herrenhaus Osieczna bei Lissa (Leszno) auf zehn Jahre als Tagungsort und Ferienheim übernommen. 1947 wurde zusätzlich das Vorwerk Jeziorki mit 284 Hektar Land gepachtet. Da es jedoch zu weiteren finanziellen Belastungen anstelle zusätzlicher Einnahmen führte, wurde es bereits zwei Jahre später von einem Staatlichen Landwirtschaftsbetrieb übernommen.⁷⁷ Als Basis einer Autarkiepolitik gegenüber staatlichen Stellen läßt sich diese Außenstelle jedoch kaum verstehen, entsprang diese Politik doch eher der Notwendigkeit zur Selbstversorgung in den ersten Nachkriegsjahren.

Seit 1948 zeichneten sich deutliche Tendenzen zum Umbau der Wissenschaftslandschaft in Polen ab. Die drei hier behandelten Institute wurden Anfang des Jahres vom Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete aufgefordert, ihre Arbeit zusammenzuführen und Mittel einzusparen. Zunächst verabredeten sie Anfang März eine ständige Zusammenarbeit⁷⁸, dann jedoch legte Wojciechowski einen Plan vor, der die Unterordnung der Pommernkundlichen Abteilung des Ostsee-Instituts und des gesamten Schlesischen Instituts unter das West-Institut vorsah.⁷⁹ Schon zuvor hatte er wiederholt betont, daß das West-Institut sich nicht auf ein regionales Aufgabenfeld beschränken lasse, sondern gesamtpolnische Aufgaben wahrnehme. Damit war das Problem jedoch nur zeitweilig gelöst, wie eine Stellungnahme des Ministeriums als Antwort auf diesen Plan zeigt: Es gebe keinen Grund dafür, sich mit den *Ziemie Odzyskane* als Gegenstand der deutsch-polnischen Beziehungen oder der Westfragen zu befassen, sie seien vielmehr als unlösbarer Teil der gesamtpolnischen Probleme zu behandeln. Zudem solle die historische Perspektive durch eine sozio-ökonomische Sichtweise ersetzt werden.⁸⁰ Solange das West-Institut mit Leopold Gluck⁸¹, der zu seinen Gründern zählte, einen Ansprechpartner im Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete

⁷⁵ AAN, 237 (KC PZPR) / XVI-59, Bl. 13–15.

⁷⁶ Ministerium für öffentliche Verwaltung, Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete, und ab August 1950 das Gesellschaftlich-Politische Büro beim Präsidium des Ministerrates, siehe AAN, KC PZPR, 237 / XVI-8, Bl. 56.

⁷⁷ Archiwum Instytutu Zachodniego (im folgenden: AIZ), 5 (Sprawozdania z działalności Instytutu Zachodniego), Tätigkeitsbericht des Westinstituts für 1949.

⁷⁸ Archiwum Polskiej Akademii Nauk (im folgenden: APAN), Materiały Andrzeja Grodka, 194, Bl. 25–27.

⁷⁹ AAN, 199, 40, Bl. 9 f.; siehe auch: AAN, 196, 56, Bl. 70 f., Bl. 79.

⁸⁰ So die Äußerung von Józef Dubiel, Vize-Minister für öffentliche Verwaltung, am 14. April 1948, siehe AAN, 199, 40, Bl. 11 f.

⁸¹ Siehe LEOPOLD GLUCK: *Od ziem postulowanych do ziem odzyskanych* [Von geforderten zu wiedergewonnenen Gebieten], Warszawa 1971.

hatte, war eine solche Kritik noch nicht bedrohlich. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Stärkung des Posener Instituts durch diese Ausweitung des Tätigkeitsfeldes, die auch das Masurische Institut (Instytut Mazurski) in Allenstein mit einbezog, nur eine vordergründige war. Auf jeden Fall brachte sich das West-Institut in eine stärkere finanzielle Abhängigkeit von Warschau, denn offensichtlich war die Übernahme des Schlesischen Instituts mit erheblichen finanziellen Belastungen verbunden. Zudem befand sich das West-Institut durch die fortschreitende Zentralisierung des Wissenschaftssystems rasch wieder in der Defensive gegenüber der Staatsmacht.

Ab 1948 zeichnete sich eine Kritik Warschaus an der Ausrichtung des Instituts ab, deren Verlauf, wenn man sie bis in die 1960er Jahre überblickt, freilich einen Zick-Zack-Kurs aufwies, der sich aus den jeweiligen Wandlungen der polnischen Wissenschaftspolitik ergab. Wojciechowski reagierte darauf mit kurzen Leitartikeln im „Przegląd Zachodni“, deren Ziel ganz eindeutig die Immunisierung des folgenden Inhalts gegen potentielle politische Angriffe war.⁸² Die erste Abwehrlinie, die er aufbaute, galt dem Vorwurf, das Institut definiere sich allein regional: „Unter der Problematik der Wiedergewonnenen Gebiete verstehen wir die Frage des Zusammenhangs der ehemals ostdeutschen Länder mit dem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organismus Polens“, hielt das Direktorium des Instituts im Oktober 1948 fest.⁸³ Obwohl die Beschränkung auf historische Themen wiederholt kritisiert wurde, wurden 1950 zunächst die aktuellen Themen aus dem „Przegląd Zachodni“ ausgegliedert und von einer weiteren Zeitschrift des Instituts, „Życie i Myśl“, übernommen. Ziel dieser neuen Publikation sollte es sein, die katholische Intelligenz für die volkspolnische Staatsräson zu gewinnen.⁸⁴ Wichtiger war jedoch die fast zeitgleiche Zuwendung zur Germanen- und Slawenforschung⁸⁵, die Wojciechowskis Konzept des deutsch-polnischen bzw. germanisch-slawischen Gegensatzes folgte, zugleich aber auch die Berücksichtigung sowjetischer Forschung gewährleisten sollte. Der Effekt war,

⁸² Diese einleitenden Texte beginnen mit ZYGMUNT WOJCIECHOWSKI: Zjednoczenie Partij Robotniczych i Ziemię Odzyskaną [Die Vereinigung der Arbeiterparteien und die Wiedergewonnenen Gebiete], in: PZ 4 (1948), Bd. 2, S. 609 f.; und endeten nach Stalins Tod mit: DERS.: Po „układzie ogólnym“ [Nach dem „Generalvertrag“], in: PZ 9 (1953), Bd. 1, S. 6–8; die treffende Charakteristik von Juliusz Bardach in einer Notiz für das Zentralkomitee der PVAP vom März 1952 (AAN, 237 / XVI-59, Bl. 27–33), neu abgedruckt in: PZ 50 (1994), H. 3, S. 205–208, hier S. 208.

⁸³ AIZ, 6, Protokoll der Direktoriumssitzung vom 10.10.1948 (auch in: APAN, Materiały Andrzeja Grodka, 194, S. 20–21).

⁸⁴ AIZ, 3, Tätigkeitsbericht des Westinstituts für 1950; die Zeitschrift erschien bis Herbst 1952 im West-Institut; vgl. auch PZ 6 (1950), Bd. 1, S. 168.

⁸⁵ Vgl. Prace nad „Słownikiem Starożytności Słowiańskich“ [Arbeiten am „Wörterbuch der slawischen Altertümer“], in: PZ 7 (1951), H. 1, S. 345 f.; sowie ZYGMUNT WOJCIECHOWSKI: Badania zachodnio-słowiańskie [Westslawische Forschungen], in: PZ 8 (1952), H. 1, S. 337–342.

daß entgegen den Forderungen, sich mit aktuellen Fragen zu befassen, nun historische Themen eindeutig in der Arbeit des West-Instituts dominierten.

Diese Entwicklung muß im Kontext des „ersten Kongresses der polnischen Wissenschaft“ und der Gründung der neuen Akademie der Wissenschaften 1951 sowie der anschließenden Gründung des Instituts für Geschichte bei der Akademie 1953 gesehen werden.⁸⁶ 1950 verfolgte Wojciechowski zunächst die Linie, das West-Institut gewissermaßen als Akademie für die Westgebiete zu etablieren, denn, so schrieb er an das Zentralkomitee der PVAP, das Institut lasse sich auf dem Kongreß nicht einer Sektion allein zuordnen, es umfasse neben Historikern auch Geographen, Juristen, Soziologen, es könne daher nur als ganzes behandelt werden.⁸⁷ Ab Ende 1950 läßt sich dann eine Taktik der bereits angesprochenen Konzentration auf historische Themen erkennen.⁸⁸ Die Marschroute, wie sie von Zygmunt Wojciechowski und Tadeusz Lehr-Spławiński 1951 in Verhandlungen mit der Akademie der Wissenschaften verfolgt wurde, lief darauf hinaus, Quellenpublikationen sowie das (West-)Slawen-Thema hervorzuheben. Wenn, so argumentierten sie, die Akademie ein slawenkundliches Institut gründe, dann könnte das West-Institut seine Westabteilung werden.⁸⁹

Es verwundert kaum, daß das Zentralkomitee auf der Basis der Beurteilung durch Juliusz Bardach dagegen auf eine Schließung des Instituts drängte. So hielt das Zentralkomitee Anfang 1952 fest, wenn das Akademie-Institut für Geschichte gegründet werde, sei ein weiteres Unterhalten des West-Instituts wenig sinnvoll. Neben seiner „anachronistischen“ Rechtsform als geschlossene Gesellschaft werfe das Institut politische und inhaltliche Zweifel auf, denn seine Arbeiten seien von einer „starken nationalistisch-klerikalen Abweichung“ geprägt. So würden die deutsch-polnischen Kämpfe nicht als Klassenkämpfe aufgefaßt. In dieser Situation sei es notwendig, die selbständige Tätigkeit des West-Instituts zu beenden.⁹⁰ Wojciechowski sollte in die-

⁸⁶ Siehe zum größeren Zusammenhang: STOBIECKI (wie Anm. 54), S. 21–33, 99–110.

⁸⁷ APAN, Materiały Andrzeja Grodka, 194, Bl. 115: Wojciechowski an Wojtyga, Abt. Wissenschaft des ZK, 15.6.1950.

⁸⁸ Deutlich in einem Schreiben Kaczmarczyks an die Direktion des West-Instituts, 20.11.1950, in: AIZ, 6.

⁸⁹ In diesem Kontext wurde auch eine Namensänderung in „Instytut Zachodnio-Słowiański“ diskutiert, so in einer Stellungnahme von Wojciechowski und Lehr-Spławiński an das Zentralkomitee vom 9.7.1951 (AAN, 237 / XVI-59, Bl. 22–26); dort heißt es: „Der derzeitige Name soll beibehalten werden, denn unter diesem Namen ist das West-Institut im In- und Ausland gut bekannt. Der Name Westslawisches Institut würde auch eine zumindest zeitweilige Beschäftigung mit über diese Thematik hinausreichenden Fragen nicht begründen.“

⁹⁰ AAN, 237 / XVI-8, Bl. 36–38: Notiz über Ziele und Aufgaben des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften [o.D.]; die Aufhebung der Selbständigkeit des Instituts forderte dann auch das Wissenschaftskomitee des ZK in einer Notiz an Ochab Ende März 1952 (AAN, 237 / XVI-8, Bl. 56–59), ebenso die stellvertretende Leiterin Zemankowa am 29.11.1952 (AAN, 237 / XVI-8, Bl. 71 f.);

sem Zusammenhang in den Wissenschaftlichen Rat dieses Instituts für Geschichte eingebunden werden, um mögliche Widerstände zu minimieren.⁹¹ Bardach hatte freilich differenzierter argumentiert und die Bedeutung der Zeitschrift wie der historischen Arbeiten zu den *Ziemie Odrzyskane* als notwendig beschrieben.⁹² Dagegen untermauerte Wojciechowski die Position, daß das Institut erhalten bleiben müsse, solange es die politische Lage erfordere.⁹³

In dieser Situation tauchte nun mit zunehmender Intensität das Argument des westdeutschen Revisionismus auf. Daß ihm im West-Institut bis dahin wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, lag nicht nur an der erst allmählich sich rekonstituierenden bundesdeutschen Ostforschung, sondern auch daran, daß deutsche Revisionsansprüche nicht für ein neues Phänomen, sondern für eine Fortsetzung des germanisch-slawischen Gegensatzes gehalten wurden. So waren die ausführlichen Berichte im „Przegląd Zachodni“ über die „Publikationsstelle“ und den „politischen Professor“ Brackmann 1947 noch ganz im Präteritum gehalten.⁹⁴ Eine Wende zeichnete sich mit Wojciechowskis Leitartikel „Distinguendum est“⁹⁵ 1949 ab, größere Bedeutung erhielt das Revisionismus-Problem erst in dem sich verschärfenden politischen Klima ab 1952, nicht zuletzt in den grob vereinfachenden Beiträgen etwa von Andrzej Kamiński.⁹⁶ Warnungen vor dem bundesdeutschen Revisionismus, die noch 1951 in der Diskussion mit dem Zentralkomitee um die Zukunft des Instituts kaum eine Rolle gespielt hatten, schufen nun eine naheliegende Basis, auf der sich das West-Institut in Warschau Gehör verschaffen konnte. „Adenauer, der das West-Institut im letzten Monat so scharf angegriffen hat, würde sich sicher freuen, wenn er von den Bedingungen wüßte, unter denen wir jetzt ar-

vgl. auch HÜBNER, *Przebudowa* (wie Anm. 7), S. 475 f., und DERS., *Polityka* (wie Anm. 7), S. 805 f.

⁹¹ AAN, 237 / XVI-8, Bl. 73.

⁹² BARDACH, *Notatka* (wie Anm. 82).

⁹³ AAN, 237 / XVI-59, Bl. 2–6: Wojciechowski, Notiz zum Verhältnis des West-Instituts zur Wissenschaftsorganisation in Polen, 22.5.1951; vgl. AAN, 237 / XVI-59, Bl. 40: Wojciechowski an Zemankowa, 18.5.1952; in der beigelegten Notiz (AAN, 237 / XVI-59, Bl. 41–43), verweist er erneut auf wissenschaftsorganisatorische Argumente.

⁹⁴ JAN BAUMGART: *Tajna organizacja nauki niemieckiej* [Eine geheime Organisation der deutschen Wissenschaft], in: *PZ* 3 (1947), S. 969–980; ADAM KOSIŃSKI: *Polityczny profesor* [Der politische Professor], ebenda, S. 980–992.

⁹⁵ ZYGMUNT WOJCIECHOWSKI: *Distinguendum est*, in: *PZ* 5 (1949), Bd. 2, S. 185–188.

⁹⁶ ANDRZEJ KAMIŃSKI: *Słowo o „Göttinger Arbeitskreis“* [Ein Wort über den „Göttinger Arbeitskreis“], in: *PZ* 10 (1954), Bd. 2, S. 203–220; siehe auch DERS.: *O dokumentację przesiedlenia Niemców z obszarów na wschód od Odry i Nysy* [Über die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße], ebenda, S. 438–475; Kamiński gehörte zu den schärfsten Vertretern marxistischer Ideologie im Institut, vgl. dazu DERS.: *Zagadnienia niemieckie w publikacjach Instytutu Zachodniego* [Deutsche Fragen in den Publikationen des West-Instituts], in: *PZ* 11 (1955), Bd. 1, S. 531–542; zur Bedeutung des Revisionismus-Themas siehe auch die Diskussionen auf der Mitgliederversammlung 1953, vgl. dazu u., Anm. 101.

beiten“, schrieb Wojciechowski an den Sekretär des ZK, Edward Ochab, im März 1952.⁹⁷

Nachdem bereits seit 1950 die staatlichen Zuwendungen an das West-Institut erheblich reduziert worden waren⁹⁸, wurde die Institutstätigkeit dann 1953 deutlich beschnitten, alle Außenstellen wurden im Laufe des Jahres geschlossen bzw. in eine andere Trägerschaft überführt.⁹⁹ Die Zahl der Mitarbeiter reduzierte sich auf 19, darunter nur 1,5 wissenschaftliche Mitarbeiter, neben Wojciechowski blieb allein Michał Pollak als Vizedirektor.¹⁰⁰ Zudem wurden Großprojekte der Posener Zentrale wie die Vorbereitung der „Historia Pomorza“ (Geschichte Pommerns) und des „Słownik Starożytności Słowiańskich“ (Wörterbuch der slawischen Altertümer) an die Akademie der Wissenschaften abgetreten. Trotz dieser offensichtlichen Krise blieb allerdings der „Przegląd Zachodni“ im Bestand erhalten und erschien auch 1953 und 1954 mit jeweils ca. 2000 Druckseiten. Die Mitgliederversammlung 1953 zeigte jedoch scharfe ideologische Debatten um den Kurs des Instituts, die im „Przegląd“ ausführlich dokumentiert wurden.¹⁰¹

Insgesamt betrachtet blieben die inhaltlichen Konzessionen des West-Instituts an den Stalinismus jedoch gering, der Nachruf¹⁰² auf Stalin und eine Huldigung an Stalins Werk in einem Aufsatz¹⁰³ des Redakteurs des „Przegląd“, Mieczysław Suchocki, im Jahre 1953 sind die auffälligsten Beiträge. Beide Texte lassen jedoch deutlich die Posener Konzeption zu den *Ziemie Odzyskane* durchscheinen, wenn etwa Wojciechowski im Nachruf auf Stalin eine Verbindung zwischen Gallus Anonymus und dem Generalissimus herstellt. Diese recht formal bleibende Anpassung an die neuen methodologischen Anforderungen wurden freilich auch im Kreis der Akademie der Wissenschaften wahrgenommen und entsprechend kritisiert.¹⁰⁴ Dennoch blieben die Eingriffe in die Zeitschrift geringer als etwa im Fall des „Kwartalnik Historyczny“ oder des „Przegląd Historyczny“.¹⁰⁵ Wenn man die Entwick-

⁹⁷ AAN, 237 / XVI-59, Bl. 34–37: Wojciechowski an Ochab, 10.3.1952.

⁹⁸ HÜBNER, *Polityka* (wie Anm. 7), S. 805.

⁹⁹ AIZ, 6, Protokoll vom 14.4.1953.

¹⁰⁰ POLLAK (wie Anm. 59), S. 482; vgl. auch Instytut Zachodni w Poznaniu 1945–1960 (wie Anm. 62), S. 10.

¹⁰¹ Walne zebranie Instytutu Zachodniego [Hauptversammlung des West-Instituts], in: PZ 10 (1954), Bd. 2, S. 530–568; dort wurde eine ausführliche Diskussion um die Zeitschrift geführt, ein weiteres Referat von Kamiński befaßte sich mit „Formy organizacyjne niemieckiego rewizjonizmu naukowego [Organisatorische Formen des deutschen wissenschaftlichen Revisionismus]“ (S. 542–551).

¹⁰² In: PZ 8 (1953), Bd. 1, S. 1–5.

¹⁰³ MIECZYŚLAW SUCHOCKI: Problematyka Ziem Odzyskanych w świetle pracy Józefa Stalina „Ekonomiczne problemy socjalizmu w ZSRR“ [Die Problematik der Wiedergewonnenen Gebiete im Lichte der Arbeit Josef Stalins „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“], in: PZ 8 (1953), Bd. 1, S. 375–396.

¹⁰⁴ Von Tadeusz Cieślak in der Zeitschrift „Nauka Polska“, vgl. PZ 10 (1954), Bd. 2, S. 558–561.

¹⁰⁵ Vgl. STOBIECKI (wie Anm. 54), S. 106.

lung des West-Instituts bis 1955 knapp zu umreißen versucht, dann wäre sie als ein Prozeß der Anpassung an die wechselnden politischen Konjunkturen und als eine Eingliederung in organisatorischen Fragen bei gleichzeitigem Beharren auf der umfassenden historistischen Westkonzeption zu beschreiben, die bei allen Konzessionen von Wojciechowski nicht aufgegeben wurde.

Zum Wendepunkt in der Institutsgeschichte wurde das Jahr 1955. Zunächst zeichnete sich im Zusammenhang des zehnjährigen Institutsjubiläums eine verbesserte personelle und finanzielle Situation ab, und das Jubiläumsheft des „Przegląd Zachodni“ verblüfft durch seine Offenheit und umfassende Informationen über das Institut. Das gilt ebenso für Wojciechowskis Rückblick auf seine Tätigkeit, in dem er ganz offen auf die Bedeutung Roman Dmowskis für seine Konzeption einging.¹⁰⁶ Als Wojciechowski im Oktober 1955 jedoch nach einem langen Herzleiden starb, setzte sogleich eine Diskussion über die Zukunft des Instituts ein. Wie Gerard Labuda berichtet, plante Warschau einmal mehr die Schließung des Instituts.¹⁰⁷ Mit der Vorlage eines neuen Programms, das Labuda seinen Erinnerungen zufolge während der Begräbnisfeierlichkeiten verfaßte, blieben diese Pläne allerdings in der Schublade. Das wirft die Frage auf, weshalb die mehrfachen Schließungspläne nicht durchgesetzt wurden. In der Lektüre der Warschauer Parteiakten läßt sich ein aggressiver Ton gegenüber dem West-Institut kaum verkennen, angesichts dessen die offensichtlich wenig konsequente Politik gegenüber dem Institut verwundert. Ohne einer gründlichen Untersuchung vorzugreifen, scheint mir, daß die Beschwörung des westdeutschen Revisionismus die Parteispitze möglicherweise beeindrucken konnte. Zudem ist zu berücksichtigen, daß schon 1952 die Akademie der Wissenschaften faktisch die Kontrolle über die Finanzierung des Instituts übernommen hatte.¹⁰⁸ Der Vergleich mit dem Ostsee- und dem Schlesischen Institut legt jedoch noch eine weitere Erklärung nahe: In beiden Fällen waren die Institutionen nicht ersatzlos geschlossen, sondern ihre Aufgaben an andere Einrichtungen übertragen worden. Möglicherweise verhinderte also Wojciechowskis Politik der Konzentration der Westforschung in Posen im Falle des West-Instituts seine Schließung, da es keine vergleichbare Alternative gab.

¹⁰⁶ In: PZ 11 (1955), Bd. 2, S. 293–302, hier S. 296.

¹⁰⁷ In: PZ 50 (1994), Bd. 3, S. 210–212 (Dokument 3); siehe in diesem Zusammenhang auch eine Resolution der Mitarbeiter an Lehr-Spławiński vom 6.11.1955 (AIZ, 6): Das Institut solle alle Kontakte für die Bekämpfung des Revisionismus aktivieren, dafür sei eine bessere Ausstattung vonnöten. Arbeitsschwerpunkte müßten die Erforschung der Westgebiete in der Phase des Kapitalismus, aktuelle Probleme beider Teile Deutschlands sowie die Integrationsprozesse in den Westgebieten sein (also ganz im Sinne des späteren Konzepts, siehe dazu u.); außerdem wurde für eine Beratung der Regierung wie für einen Informationsdienst mit Kurzmitteilungen plädiert (nach dem Muster der „Komunikaty“ des Ostsee-Instituts, siehe dazu das in Anm. 31 genannte Verzeichnis); weiter hieß es, die Autorität des Instituts im Ausland beruhe auch darauf, daß es als freie Gesellschaft entstanden sei.

¹⁰⁸ POLLAK (wie Anm. 59), S. 482.

Die Diskussionen Ende 1955 und Anfang 1956 führten schließlich zu einer Abkehr von Wojciechowskis antagonistischem Modell der deutsch-polnischen Beziehungen. Der „Przegląd Zachodni“ setzte sich nun als neue Aufgaben die Beschäftigung mit den deutsch-polnischen Beziehungen, die Entwicklung der *Ziemie Zachodnie* und eine engere Zusammenarbeit mit der DDR.¹⁰⁹ Der treibende Kopf in der Neuorientierung war Gerard Labuda, der sich auf der Mitgliederversammlung am 22. Februar 1956 öffentlich vom Konzept der „ziemie macierzyste“ distanzierte und erklärte, das deutsch-polnische Zusammenleben sei nicht immer antagonistisch gewesen.¹¹⁰ Zugleich warnte er auch vor einer Fixierung auf den westdeutschen Revisionismus, denn wichtiger sei die Aneignung der Westgebiete durch die polnische Gesellschaft.¹¹¹

Die Beratungen der Planungskommission für die weitere Institutsarbeit, die nach Wojciechowskis Tod eingerichtet worden war, und der Mitgliederversammlung zeigten zwei alternative Entwicklungslinien auf: einerseits eine wissenschaftliche Forschung, die sich vor allem mit der Neuzeit sowie mit der DDR befassen sollte, sowie andererseits eine wissenschaftlich-politische Ausrichtung mit Propagandafunktionen, die sich eher an den Vorkriegsinstituten orientierte.¹¹² Als Alternative zwischen diesen Richtungen läßt sich auch die Wahl des neuen Institutsdirektors zwischen dem Historiker Kazimierz Piwarski und dem früheren Ministerialbeamten Leopold Gluck deuten, in der sich Piwarski nur mit einer Stimme Mehrheit durchsetzte. Labuda hatte seine Kandidatur zuvor zurückgezogen¹¹³, er übernahm das Direktorenamt erst 1958. Angesichts der Kritik an dem neuen Kurs, die sich in der Befürchtung äußerte, das Institut könne sich in eine Gesellschaft für deutsch-polnische Freundschaft verwandeln¹¹⁴, hätte sich Labuda 1956 wohl auch kaum durchsetzen können.

Betrachtet man das Problem von Wissenschaft und Politik, so war die Erneuerung des West-Instituts seit 1956 weit entfernt davon, eine einlinige Entwicklung hin zur Verwissenschaftlichung zu sein; so hatte etwa die Soziologie der Westgebiete wiederholt mit politischen Vorgaben zu kämpfen. Ja man könnte formulieren, daß intensiviertes wissenschaftliches Arbeiten nur

¹⁰⁹ 1956 in dem Leitartikel: W obliczu nowych zadań [Angesichts neuer Aufgaben], in: PZ 12 (1956), Bd. 1, S. 225–228.

¹¹⁰ Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 22.2.1956, siehe PZ 12 (1956), Bd. 1, S. 206–224, hier S. 218 f.; Labuda stellte die neue Konzeption ausführlich auch 1958 in einer Diskussion im Posener Wojewodschaftskomitee der PVAP vor: APP, Komitet Wojewódzki PZPR (im folg. KW PZPR), 3319, Bl. 56–139, hier Bl. 111–121.

¹¹¹ APP, KW PZPR, 3319, Bl. 118.

¹¹² AIZ, 6: Protokoll der Sitzung für die Planung der weiteren Tätigkeit des West-Instituts, 13.12.1955; vgl. auch die Dokumente bei CZUBIŃSKI, Instytut Zachodni (1944–1986) (wie Anm. 62), S. 60–69, 82–84; siehe außerdem den Bericht der außerordentlichen Hauptversammlung am 22.2.1956, in: PZ 12 (1956), Bd. 1, S. 206–224.

¹¹³ So CZUBIŃSKI (wie Anm. 61), S. 46.

¹¹⁴ In: PZ 12 (1956), Bd. 1, S. 221 (Diskussionsbeitrag von Jan Czekanowski).

unter Aufgabe der 1945 von Wojciechowski geschaffenen Freiräume möglich war. Plastisch zeigt sich das am Verhältnis zur Akademie der Wissenschaften. Seit 1958 lassen sich Ansätze erkennen, den Stellenwert des West-Instituts, das bis dahin als regionale wissenschaftliche Gesellschaft betrachtet wurde – was zu zahlreichen Beschränkungen (etwa bei Auslandsreisen) führte –, zu verändern. So wurde auf einer Sitzung des Wissenschaftskomitees des Zentralkomitees unter anderem mit Piwarski und Labuda diskutiert, daß der Direktor vom Kuratorium und nicht von der Mitgliederversammlung gewählt und dann durch die Akademie der Wissenschaften bestätigt werden sollte.¹¹⁵ Das führte dazu, daß 1962 der Verein vom Institut getrennt und das Institut der Akademie unterstellt wurde. Unter diesen Bedingungen konnte es dann zur direkten Einflußnahme von Parteikreisen bei der einzigen Absetzung eines Direktors 1964 kommen.¹¹⁶ Auf der anderen Seite allerdings dürfen die Versuche, das West-Institut – ebenso wie die anderen Institute auch – zu einer propagandistisch-popularisierenden Tätigkeit zu bringen, nicht übersehen werden. Daß sie letztlich ohne dauerhaften Erfolg blieben, hat wohl auch zum Bestand des Posener Instituts beigetragen. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik war während der Volksrepublik zweifellos kompliziert und bedarf weiterer Untersuchungen. Vermutlich war der Weg der Anpassung an die jeweils aktuellen Anforderungen der Arbeiterpartei leichter, aber das Beharren auf wissenschaftlichen Standards auf Dauer sicherer.

¹¹⁵ AIZ, 4, Sitzung der wissenschaftlichen Kommission des ZK der PVAP, 22.11.1958 (fälschlich geändert in 1956).

¹¹⁶ Siehe dazu PZ 50 (1994), H. 3, S. 222–224: Dokument 6; und KWILECKI (wie Anm. 51), S. 11; zu einer ähnlichen Situation kam es im Schlesischen Institut mit der Ablösung Lutmans 1963; siehe JOACHIM GLENSK: Początki Instytutu Śląskiego w Opolu [Die Anfänge des Schlesischen Instituts in Oppeln], in: Instytut Śląski (wie Anm. 24), S. 41–48, hier S. 48.

Summary

Structures and institutions of the research on the Polish "West" (1918–1960)

After World War I, Poland saw the emergence of a new type of non-university academic institutions which were primarily concerned with justifying Polish interests in the struggles over Poland's Western border and her "access to the sea". During the inter-war period, at the centre of this research on the Polish West (*polska myśl zachodnia*) was the Baltic Institute founded in Toruń in 1925. From its beginnings, this institute was involved into politically motivated controversies with the German Ostforschung. Although it was portrayed as a great danger to Germany's eastern provinces by German scholars, its activities during the first years were comparatively modest, until it came to the fore in the 1930s with extensive publications and conference activities. Modelled on the Baltic Institute, the Silesian Institute was established in Katowice in 1933.

After World War II, the Institute for Western Affairs (*Instytut Zachodni*) in Poznań, founded by Zygmunt Wojciechowski, became a centre of research on the "recovered territories", while the Baltic and the Silesian Institute only played minor roles after 1948. The Institute for Western Affairs took over their organizational structure as an academic society, which continued to exist well into the 1950s. In the early post-war years, this institute, closely linked to the government, launched into extensive activities which comprised historical and cultural as well as legal and administrative issues.

Due to Wojciechowski's high standing in the Polish academic scene, and with certain adaptations and limitations, the Western Institute could retain its independence even under the Stalinist academic policy in Poland. After Wojciechowski's death in 1955 there was an ideological shift. The idea of an eternal German-Polish antagonism was given up and opened the way for a new concept of research on western affairs that conformed to the Socialist reasons of state but at the same time preserved a certain freedom for academic research.